

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

erschint täglich nachmittags 3/4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Bestellgeld. — Einzelnummer 10, mit Illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Klingenberg, Kleinheinersdorf, Krippen, Richtenhain, Mittelsdorf, Ostrau, Porsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Wiedererscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisföhrung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 153

Bad Schandau, Sonnabend, den 2. Juli 1932

76. Jahrgang

Nicht Schlusszahlungen, sondern Zahlungsschluss!

Was heißt „Wiederkehr einer normalen Lage?“ — Nimmt man uns das Joch nicht ab, dann müssen wir es abschütteln. — Niemand wieder unbestimmte Bindungen.

Von Werner Beringer.

Mit keinem Wort wird draußen und zuweilen leider auch bei uns so viel gedankenlose Spielerei getrieben wie mit dem Schlagwort von der „Wiederkehr einer normalen Lage“. Einigkeit besteht endlich einmal darüber, daß man von Deutschland zur Zeit nichts verlangen kann, weil man nichts bekommen wird. Es ist unsere Pflicht, diese Einigkeit dahin zu erweitern, daß man von uns nichts mehr verlangt, weil man auch in Zukunft nichts bekommen kann. Es gibt keinen Deutschen, der unsere Zukunft nicht mit der Hoffnung gegenübersteht, daß sie uns einen neuen kraftvollen Aufschwung bringt. Diese Hoffnung wird einmal Erfüllung werden; denn nach unser aller Willen kann und darf Deutschland nicht untergehen. Wie lange aber werden wir kämpfen müssen, um aus dem Sumpf der ungeheuersten Krise der Weltgeschichte wieder auf festes Land zu kommen?

Die Franzosen rechnen anscheinend mit einem sehr nahen Zeitpunkt; denn sie wollen sich einen Wechsel darauf ausstellen lassen. Sehr schmeichelhaft für uns, daß sie uns die Riesenkräfte ihrer Wiedererstarbung unserer Wirtschaftskraft sogar bis zur Fähigkeit einer neuen Tributleistung in kurzer Frist zu vertrauen! Wenig rühmlich aber für die Franzosen selbst, die mit ihrer Annahme den katastrophal geringen Grad von Einigkeit in unsere und ihre eigene Lage bekunden. Die sinken Hoffe der französischen Wunschvorstellungen sind in der Wirklichkeit doch nur elende Schindler, die den festgefahrenen Karren nicht um ein Millimeter freimachen können. Sie gehören zu der Art der gefährlichen Fabelwesen, die schon so oft am grünen Tisch der Konferenzen als Retter aus der Not, als Lösung des Rätsels aufgezaubert wurden, und die immer wieder die bitterste Enttäuschung bereiteten und die sinnlosen Opfer Deutschlands nur vermehrten und verschlimmerten.

Deutschland darf sich niemals wieder auf unbestimmte Bindungen einlassen und verfügt im Falle Lausanne über die besten und stärksten Gründe zu ihrer Verwerfung. Einen Wechsel auf die Zukunft, wie er Herriot vorschwebt, würden wir im theoretisch günstigsten Falle für die Franzosen ausstellen können, wenn auch nur die geringste Vorstellung von der Gestaltung dieser Zukunft menschenmöglich wäre. Sie ist so undurchdringlich dunkel wie die Zukunft der ganzen Welt. In dieses Dunkel ist bisher am allerwenigsten aus Lausanne auch nur der bescheidenste Lichtstrahl gefallen. So einfach und so gedankenlos, muß man hinzufügen, wie die Weltpolitik die Weltkriege eingeleitet hat, so sicher und rasch, wie wir durch ihre Festschlüsse in den Abgrund hineingelassen sind, gelangen wir ganz sicher nicht wieder hinaus. Man weiß nicht un- — trakt 25 bis 30 Millionen Kulturmenschen in eine dauernde Arbeitslosigkeit und verstimmt nicht ungerührt vor allem die Widerstandskraft eines führenden Kulturvolkes der Erde, also der Deutschen. Nebenarten wie jene des Herrn Painlevé, daß Deutschland nach der Schulden- und Tributabstufung, die niemand aufhalten kann, günstiger dastehen als die anderen, sind heute nicht am Platze. Selbst wenn in dieser politischen Selbstherr ausnahmsweise Nichtiges prophezeien würde, könnte Deutschland mit seiner „günstigeren Lage“ doch wohl sehr wenig anfangen. Das Rad des Schicksals würde dann nur die Richtung ändern, aber mit der gleichen Umdrehungszahl zum Nachteil Deutschlands wie aller anderen wirken. Ganz konfret gesprochen, litten dann die anderen nicht mehr, weil Deutschland mißhandelt wurde und leiden mußte, sondern Deutschland könnte nicht vorwärtskommen, weil es nun den anderen so schlecht geht.

Aber danach sieht die Weltkriege doch wahrlich nicht aus! Die Staatsmänner der Erde, die in Lausanne jetzt „große Schritte des Entgegenkommens“ zu machen glauben, werden in kürzester Zeit zu einem rasenden Wettlauf des Entgegenkommens genötigt sein und dürfen dann immer noch von Glück sagen, wenn sie das Ziel überhaupt erreichen. Und geschähe das in ermüdetem, abgekämpftem Zustande, dann wäre es immer noch ein Glück gewesen. Wir haben die Pflicht, in dieser furchtbar ersten Stunde optimistisch in die Zukunft zu schauen. Das heißt aber nicht, mit blinden Augen in sie hineintreten. Die Stunde der „Rechte“, wirklicher und vermeintlicher, ist vorüber. Auch in der Weltgeschichte gibt es einen Schalter für den Zukunftswandel. Das „verwöhnte Kind von Europa“, wie die Amerikaner einmal etwas rühmlich die Franzosen nannten, als es ihnen noch darauf ankam, diese gegen die Engländer hochzupöppeln, muß nun ebenfalls den Ernst des Lebens, die Kehrsseite von Versailles lernen.

Die größte Gefahr für Lausanne in dieser Stunde bildet nicht das Scheitern der sogenannten deutsch-französischen Verständigung, von der ja erst ernsthaft gesprochen werden könnte, wenn sie aufhört, einseitig, lediglich deutsches Opfer zu sein, sondern das verhängnisvolle Mißverständnis, daß es rasch „besser“ werden könnte. Nicht nur die Reserven Deutschlands, sondern auch die der finanzstärksten anderen Länder sind verbraucht oder bis nahe zur Neige angegriffen. In England weiß man das schon trotz der ungeheuren Kraftquellen, die im britischen

Weltreich immer noch erschlossen werden konnten und es vermutlich von allen Ländern zuerst wieder aufrichten mögen. In den Vereinigten Staaten gelangt man langsam auf den Weg der Erkenntnis der unbequemen Wahrheit. In Frankreich wurde man ebenfalls längst nervös, glaubt aber immer, noch einmal Deutschland als Maulkorb mißbrauchen zu können.

sanftge Meinung! Deutschland hat um sich und der Welt Willen die geschichtliche Aufgabe durchzuführen, das Joch abzuwerfen, wenn man es ihm nicht guthwillig von den Schultern nimmt und sich nicht beeilt, die Wunden an den schlimmsten Druckstellen lindern zu helfen. So ist die Lage, und dementsprechend muß gehandelt werden.

Neue „selbstverständliche“ Tributforderung

Deutschland soll noch etwa 4 Milliarden Mark nach Ablauf von 5 Jahren zahlen

Lausanne, 2. Juli

Der äußere Verlauf der Dinge ergab nach einem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers bei MacDonald, der eine vertrauensvolle und aufrichtige Aussprache brachte, eine Sitzung des Büros, an der Graf Schwerin-Krosigk kurze Zeit teilnahm. Eine Veränderung in dem Sinne, daß neue Vorschläge der Gegenseite vorgelegt worden wären, hat sich bisher nicht gezeigt.

Neben der Frage des ziffernmäßigen Beitrags, den Deutschland für den fonds commun bei der BZ leisten sollte, und über dessen Höhe von französischer Seite in vager Form Zahlen von 4 bis 6 Milliarden genannt wurden, gehen die Ansprüche auf die Übernahme einer Reihe von Verpflichtungen, die der Einfachheit halber uns gegenüber als „selbstverständlich“ bezeichnet werden: Nachzahlungen der Beiträge aus dem Hooverjahr, aus dem Markabkommen mit Belgien usw.

Dazu kommt die Hauptschwierigkeit in Gestalt der amerikanischen Eventualanprüche, falls die Vereinigten Staaten auch späterhin, das heißt nach der Präsidentenwahl, ein entsprechendes Entgegenkommen wegen der interalliierten Schulden ablehnen sollten. Für diesen Fall, wenigstens nach den bisherigen Vorschlägen der Gegenseite, scheint das ganze Abkommen, das uns vorgeschlagen wird, gewissermaßen in der Luft hängen und neu auferrollt werden zu sollen, ein Auslösen, das für den Fall, daß es zutrifft und Wirklichkeit erlangt, schon deshalb ganz untragbar wäre, weil damit der Zweck der Konferenz, die endgültige Regelung der Reparationsfrage und ihre wirtschaftliche Zielsetzung vereitelt wäre. Ein klarer Gedankengang auf der Gegenseite, der einen Ausweg aus dieser Sackgasse schaffen könnte, scheint auch jetzt noch nicht vorzuliegen.

Jetzt vier Milliarden

Die verschiedenen Meldungen über eine geforderte Schlusszahlung Deutschlands in Form von Bonds, in denen Summen von drei bis sieben Milliarden genannt worden waren, erhalten jetzt durch eine Meldung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbüros eine bestimmte Form.

Havas-Büro berichtet aus Lausanne, daß sich am Freitagabend die Hauptgläubiger Deutschlands auf folgender Grundlage geeinigt hätten:

Sobald Deutschland seine Zahlungsfähigkeit wiedererlangt habe, werde der Vorstand der BZ über die Mobilisierung der vom Deutschen Reich garantierten, schon jetzt der BZ zu überreichenden Bonds beschließen, die vom Augenblick der Mobilisierung an Deutschland tragen würde. Diese Bonds hätten, sobald eine universelle Regelung des gesamten Schuldenproblems in Frage komme, als seriöses Angebot an Amerika zu gelten. Der Betrag werde erst heute festgesetzt werden, dürfe sich aber auf vier Milliarden RM belaufen.

Unabhängig davon müsse Deutschland die auf Grund des Hoover-Moratoriums gestundeten Pouna-

Für eilige Leser.

* Wie berichtet wird, soll in Kreisen der Staatspartei die Absicht bestehen, mit dem Zentrum Listenverbindungen für die Reichstagswahl einzugehen. Die Deutsche Volkspartei soll, wie in politischen Kreisen verlautet, in ein gleichartiges Verhältnis zu den Deutschnationalen treten.

* Der Landtag von Thüringen lehnte die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtages ab.

* Das anhaltische Staatsministerium hat verordnet, daß öffentliche Feiern von Staatsbehörden und Schulen am Verfassungstage nicht stattfinden. Eine Verabschiedung von staatlichen oder kommunalen Geldmitteln für solche Feiern ist unzulässig.

Annuitäten zahlen. Deutschlands Gläubiger würden sich wahrscheinlich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten für den Fall, daß die amerikanische Regierung am 15. Dezember die Wiederaufnahme der Schuldentilgungen fordere.

Wird Deutschland ablehnen?

Lausanne. Zu dem gemeinsamen Vorschlag der Gläubigermächte, der bisher nur in inoffizieller Weise der deutschen Abordnung bekannt geworden ist, und der heute offiziell in der Bürostimmung den Vertretern Deutschlands übermittelt werden soll, wird von den amtlichen deutschen Stellen keine Stellung genommen. Jedoch kann von allgemeinen deutschen Standpunkt darauf hingewiesen werden, daß dieser Vorschlag kaum als eine annehmbare Verhandlungsgrundlage angesehen werden kann, da nach dem Vorschlag der Gläubigermächte der gegenwärtig bestehende Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit weiter fortbestehen bleiben würde. Ferner würde durch den Gläubigervorschlag eine unwillkürliche Verbindung zwischen der Regelung der Tributfrage und den interalliierten Schulden hergestellt werden, die für Deutschland nicht besteht und nicht anerkannt werden kann. Durch diesen Vorschlag würde auch nicht das von der deutschen Regierung angestrebte Ziel erreicht werden, daß nunmehr eine sofortige endgültige Vereinigung der gesamten Tributfrage eintritt.

In dem Vorschlag fehlt außerdem die Streichung des Kapitels 8 des Versailler Vertrages mit den Bestimmungen über die Kriegsschulden und die Tribute.

Kabinettsitzung in süddeutscher Stadt geplant.

Lausanne. Die deutsche Abordnung hat am Freitag bis in die Nachtstunden hinein in fortlaufender telephonischer Verbindung mit Berlin gestanden, um das Kabinett über den Vorschlag der Alliierten in der Tributfrage zu unterrichten. Es besteht in Kreisen der Abordnung die Auffassung, daß die endgültige Entscheidung nur vom Gesamtministerium, nicht jedoch lediglich von den in Lausanne umlaufenden Kabinettsministern gefaßt werden kann. Nach hier umlaufenden Gerüchten besteht in Regierungskreisen die Absicht, am Sonntag in einer süddeutschen Stadt eine Kabinettsitzung abzuhalten, in der eine endgültige Stellungnahme zu dem großen Vorschlag der Gläubigermächte herbeigeführt werden soll. Die Verhandlungen über die Abhaltung der Kabinettsitzung sind vorläufig noch im Gang. Die Entscheidung liegt noch nicht vor.

Der Reichsaussenminister v. Neurath, der gestern nachmittag an den Vollversammlungen des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streitfall teilnahm, wurde telephonisch aus der Sitzung geholt und begab sich im Automobil nach Lausanne zurück, um an den Beratungen der Abordnung über den Gläubigervorschlag teilzunehmen.

Heute werden zunächst noch längere Verhandlungen zwischen den Gläubigermächten stattfinden, da die Endsumme sowie die juristische Formel über den Zusammenhang zwischen den alliierten Schulden und der Tributfrage noch nicht feststeht und in diesen Fragen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gläubigermächten bestehen.

Londoner Stillhaltekonferenz

Sentung der Zinsen gefordert.

London, 2. Juli.

Die Vertreter der privaten Gläubiger Deutschlands hielten eine erste Sitzung mit den Vertretern des deutschen Stillhalteauschusses ab. Als erster Punkt wurde die Frage des Zinsfußes erörtert. Von deutscher Seite wird eine Herabsetzung des Zinsfußes verlangt unter Hinweis auf den allgemeinen Rückgang der europäischen Zinsätze seit Abschluß des Stillhalteabkommens.

Die englischen Bankiers sollen an einem allgemeinen Zinsfuß von 6 Prozent festhalten, während andere Gläubigervertreter noch höhere Leistungen verlangen. Immerhin spricht man schon jetzt von der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung durch gegenseitige Übereinkunft auf etwa 5 Prozent.

Eine allgemeine Herabsetzung der Stillhalte-schulden hält man in Kreisen der City nicht für zweckmäßig, wenn gleich man sich darüber klar ist, daß einige Schulden auf alle Fälle nur schwer eingetrieben werden können, wenn das Stillhalteabkommen abläuft.